

N I E D E R S C H R I F T

zur 7. Sitzung der Gemeindevertretung der Wahlzeit 2011-2016

am Donnerstag, den 02.02.2012.

Sitzungsbeginn: 20:00 Uhr Sitzungsende: 22:45 Uhr

Anwesend:

SPD-Fraktion

Kurt Barth (Vorsitzender der Gemeindevertretung), Stephan Wenz (Fraktionsvorsitzender), Rolf Hintermeier, Siegfried Koch, Karl-Heinz Kraft, Helmut Paulsen, Jürgen Rabenau

CDU-Fraktion

Jost-Hendrik Kisslinger (Fraktionsvorsitzender), Dr. Christian Dittrich, Matthias Happel, Heijo Hoß, Manfred Möller, Rainer Pfeffer, Elisabeth Wege

Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Lydia Schneider (Fraktionsvorsitzende), Reinhard Ahrens, Frank Nowak

Fraktion Freie Bürgerliste Weimar

Hans Jakob Heuser (Fraktionsvorsitzender), Martina Klein, Winfried Laucht, Erika Zeman

Entschuldigt:

Von der SPD-Fraktion

Andreas Kaletsch

FDP-Fraktion

Christian Fischer (Fraktionsvorsitzender)

Anwesende des Gemeindevorstandes:

Bürgermeister Peter Eidam, die Beigeordneten Stefan Bug (I. Beigeordneter), Reinhard Karber, Andreas Tauche, Reiner Sauer, Kurt Wenz, Alexander Steiß (bis 21.45 Uhr), Frank Dieffenbach, Helmut Wenz

Entschuldigt fehlte:

Helge Fuhr

Schriftführerin:

Rita Rohrbach

Tagesordnung:

- 1. Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit**
- 2. Verleihung von Ehrenbezeichnungen gemäß § 51 Ziffer 3 HGO in Verbindung mit § 6 der Hauptsatzung der Gemeinde Weimar (Lahn)**

11/41/2011/11-16

3. **Bericht aus dem Gemeindevorstand;
Mitteilungen des Bürgermeisters**
4. **Haushaltssatzung 2012 (Haushaltsplan, Stellenplan, Investitionsprogramm)
und Haushaltssicherungskonzept**
20/23/2011/11-16
5. **Antrag der SPD-Fraktion vom 30.11.2011 zur Erstellung eines gemeindlichen
Wärmekatasters**
60/6/2011/11-16
6. **Vergabe für die Planung zur Herstellung von Stellplatzflächen im Bereich vom
Bürgerhaus in Roth**
41/23/2011/11-16
7. **Bürgerbus Weimar (Lahn)**
31/1/2012/11-16
8. **Richtlinien der Gemeinde Weimar zur Förderung von Maßnahmen zur
Verringerung von Grundwasserentnahmen bzw. zur Förderung der
Verwendung von Regenwasser auf der Grundlage der jeweils gültigen
Richtlinien des Landes Hessen;
hier: Aufhebung**
10/3/2012/11-16
9. **Antrag der SPD-Fraktion vom 14.01.2012 zur Einrichtung einer
überfraktionellen Arbeitsgruppe zur Umsetzung des gemeindlichen
Haushaltssicherungskonzeptes**
20/1/2012/11-16
10. **Antrag der CDU-Fraktion vom 16.01.2012 auf Neukalkulation der
Abfallgebühren**
31/2/2012/11-16
11. **Antrag der SPD-Fraktion vom 14.01.2012 zur Umrüstung der
Straßenbeleuchtung auf alternative Leuchtelemente**
41/2/2012/11-16
12. **Antrag der CDU-Fraktion vom 18.01.2012 auf Prüfung zur Durchführung einer
Organisationsuntersuchung**
11/6/2012/11-16
13. **Antrag der SPD-Fraktion vom 14.01.2012 hinsichtlich der kurzfristigen
Realisierung des Spielplatzprojektes "Am roten Weg" im Ortsteil
Niederweimar**
41/3/2012/11-16
14. **Antrag der CDU-Fraktion vom 18.01.2012 zu prüfen, ob das Mischgebiet
"Unterm Hundsrück" in ein Wohngebiet umgewandelt werden kann.**
40/1/2012/11-16
15. **Anfragen**
- 15.1. **Anfrage der Fraktion der Freien Bürgerliste Weimar vom 30.11.2011 bezüglich
der Ansiedlung eines Nettomarktes im Gewerbegebiet Wenkbach**
10/1/2012/11-16
- 15.2. **Schriftliche Anfrage der Fraktion der Freien Bürgerliste Weimar vom
30.11.2011 bezüglich der Kindergartenplätze für unter 3-jährige Kinder**

11/3/2012/11-16

15.3. Schriftliche Anfrage der Fraktion der Freien Bürgerliste Weimar vom 30.11.2011 bezüglich des Haushaltssicherungskonzeptes 2011

11/4/2012/11-16

15.4. Schriftliche Anfrage der Fraktion der Freien Bürgerliste Weimar vom 30.11.2011 bezüglich der Eröffnungsbilanz der Gemeinde Weimar (Lahn)

11/5/2012/11-16

16. Verschiedenes**Inhalt der Verhandlungen:****1. Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung, Herr Kurt Barth, eröffnete um 20.00 Uhr die Sitzung der Gemeindevertretung, begrüßte die anwesenden Mitglieder des Gemeindevorstandes, Herrn Bürgermeister Peter Eidam, die Mitglieder der Gemeindevertretung, die Schriftführerin sowie die Vertreterin der Oberhessischen Presse und die anwesenden Gäste.

Er stellte fest, dass die Einladung form- und fristgerecht zugestellt und veröffentlicht wurde. Von 23 Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertretern seien 21 anwesend, so dass das Gremium beschlussfähig sei.

Er gratulierte folgenden Mandatsträgern nachträglich zum Geburtstag: Herrn Dr. Christian Dittrich, Herrn Hans J. Heuser, Frau Elisabeth Wege und Herrn Matthias Happel. Dem leider immer noch erkrankten Gemeindevertreter Andreas Kaletsch wünschte er im Namen des Parlamentes baldige Genesung und Herrn Gemeindevertreter Christian Fischer viel Erfolg bei seinen Prüfungsarbeiten an der Uni.

2. Verleihung von Ehrenbezeichnungen gemäß § 51 Ziffer 3 HGO in Verbindung mit § 6 der Hauptsatzung der Gemeinde Weimar (Lahn)

Drucksache: 11/41/2011/11-16

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung nannte die Zeiten der ehrenamtlichen Tätigkeiten als Ortsvorsteher und Mitglied im Ortsbeirat Argenstein. Nach der gemeindlichen Satzung werden Personen, die auf mindestens 20 Jahre ehrenamtliche Tätigkeit zurückblicken können, eine Ehrenbezeichnung verliehen. Herr Werner Löwer werde Ehrenmitglied im Ortsbeirat Argenstein. In diesem Zusammenhang brachte der Vorsitzende die Hoffnung zum Ausdruck, dass in der nächsten Legislaturperiode auch im OT Argenstein sich wieder ein Ortsbeirat bilde.

Herrn Werner Löwer wurde eine Ehrenurkunde verliehen und der Vorsitzende der Gemeindevertretung und Bürgermeister Peter Eidam sprachen Dank und Glückwünsche aus.

3. Bericht aus dem Gemeindevorstand; Mitteilungen des Bürgermeisters

- a) Hinweis des Bürgermeisters auf die Pläne des RP Gießen mit Wind-, Solar- und Bioenergie –Potenzialanalyse, die im Foyer ausgehängt seien.

Datum GVO-	TOP	Thema
------------	-----	-------

Sitzung		
19.12.2011	6	Der Gemeindevorstand beschließt die Richtlinien zur Nutzung der gemeindeeigenen Kleinbusse der Gemeinde Weimar (Lahn) gemäß dem vorliegenden Entwurf mit folgender Änderung: a) die Nutzung durch Privatpersonen wird ausgeschlossen. b) Für die Nutzung des jeweiligen Fahrzeuges wird eine Kostenpauschale in Höhe von 0,25 € je Kilometer berechnet.
	7.1	Der Gemeindevorstand beschließt, die Entscheidung über die Vergabe der Konzession für das Gasverteilernetz in der Gemeinde Weimar (Lahn) in enger Kooperation mit den Gemeinden Fronhausen und Lohra und Cölbe vorzubereiten.
12.01.2012	5	Der Gemeindevorstand empfiehlt der Gemeindevertretung: Die Gemeindevertretung beschließt, die Richtlinien zur Förderung von Maßnahmen zur Verringerung von Grundwasserentnahmen bzw. zur Förderung der Verwendung von Regenwasser vom 25.07.1997 aufzuheben.
	8	Der Gemeindevorstand empfiehlt der Gemeindevertretung zu beschließen, das Angebot zum Bürgerbus zunächst bis zum 30.06.2014 (ehrenamtlich und ohne eine Fahrpreiserhebung) fortzuführen.
	9	Der Gemeindevorstand beschließt, für den neuen Spielplatz „Am roten Weg“ in Niederweimar insgesamt fünf neue Spielgeräte zu beschaffen. Die Gesamtkosten belaufen sich auf insgesamt 7.120,00 € (einschl. Lieferung) zuzügl. Mehrwertsteuer. Die Aufteilung soll gemäß der Sachdarstellung in der Vorlage erfolgen.

4. Haushaltssatzung 2012 (Haushaltsplan, Stellenplan, Investitionsprogramm) und Haushaltssicherungskonzept

Drucksache: 20/23/2011/11-16

Zunächst berichtete der stellvertretende Vorsitzende des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschusses, Herr Manfred Möller, von den Beratungen im Ausschuss. Vom Zeitpunkt der Einbringung bis zum Sitzungstag hätten sich verschiedene Aktualisierungen ergeben, die bei den Beratungen der Ausschusssitzung Berücksichtigung fanden. Des Weiteren habe im Ausschuss der Vorbericht und eine Aufstellung der gebildeten Haushaltsreste vorgelegen. Bei den Beratungen sei von dem Leiter der Finanzabteilung bestätigt worden, dass für den Haushalt 2012 eine aufsichtsbehördliche Genehmigung bezüglich der Kassenkredithöhe notwendig werde. Auch die gebildeten Haushaltsreste seien Thema gewesen und die Frage aufgetaucht, inwieweit eine Übertragung auf die Folgejahre möglich sei. Darauf sei von dem in der Sitzung anwesenden Kassenleiter erläutert worden, dass eine Übertragung bis zum Abschluss der jeweiligen Maßnahme möglich sei und evtl. nicht benötigte Mittel anschließend über den Jahresabschluss reguliert werden können.

Im Ausschuss sei ebenfalls das Thema Hochwasserdämme, für deren Unterhaltung 5.500,-- € aufgenommen seien, beraten und von Herrn Rabenau festgestellt worden, dass nach seinen Informationen für die Sanierung ein erheblicher finanzieller Aufwand notwendig werde.

Hierauf habe Bürgermeister Eidam erläutert, dass in Abstimmung mit den Nachbarkommunen und nach Klärung der Vorgabe und Prüfung durch die Genehmigungsbehörde (Hochwassermanagementplan) ein entsprechender Ansatz vorzusehen sei.

Herr Laucht habe bemängelt, dass aus dem Haushaltsplan keine Ist-Zahlen aus dem Vorjahr hervorgingen und es für die Haushaltsberatungen zweckmäßiger gewesen wäre, die Aufstellung der Haushaltsreste bereits mit dem Haushaltsplanentwurf zu erhalten. Der Schriftführer habe hierauf entgegnet, dass entsprechende Ist-Zahlen als Zwischenergebnis über das Berichtswesen vorgelegt wurden.

Im Ausschuss sei vereinbart worden, so Herr Möller weiter, zukünftige Aufstellungen zu Haushaltsresten zeitnah (ca. zur Mitte des Folgejahres) vorzulegen.

Herr Kisslinger habe zum Haushaltssicherungskonzept ausgeführt, dass über entsprechende Maßnahmen und deren Ausführung mit evtl. Ergänzungen zeitnah zu beraten und zu diskutieren sei.

Bürgermeister Eidam habe im Ausschuss erklärt, dass es Bestreben des Gemeindevorstandes sei, zukünftige Haushaltsentwürfe möglichst frühzeitig einzubringen, um eine Beschlussfassung zum Ablauf des Jahres zu ermöglichen. Der Ausschuss empfehle der Gemeindevertretung, den Entwurf der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2012 mit den Bestandteilen des Haushaltsplanes einschließlich der aktuellen Änderungen im Vermerk vom 24.01.2012 sowie den Entwurf zum Haushaltssicherungskonzept zu beschließen. Herr Jost-Hendrik Kisslinger (Fraktionsvorsitzender der CDU) positionierte sich zu dem Haushaltsplanentwurf 2012 wie folgt:

Mittlerweile liege der 4. doppische Haushalt der Gemeinde Weimar vor, der in der letzten Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschusssitzung behandelt wurde. Er möchte es nicht versäumen, wie jedes Jahr, allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung Dank auszusprechen für die umfangreichen Arbeiten.

Der Haushaltsentwurf weise aktuell einen Fehlbetrag von 846.847,- € auf und falle damit geringer als im vergangenen Jahr aus, was allerdings nichts an der angespannten Finanzsituation der Gemeinde ändere. Die Abschreibungen nähmen hier mit 673.530,- € wiederum eine gewichtige Position ein.

Er habe in der Ausschusssitzung verwundert festgestellt, dass praktisch keine Fragen der Ausschussmitglieder zu dem Zahlenwerk gestellt wurden, was sicherlich größtenteils darin begründet liege, dass es sich um eine Fortschreibung der Zahlen des Haushaltes 2011 handele. Auch das Konsolidierungskonzept sei aus dem Maßnahmenkatalog der vergangenen Jahren fortgeschrieben und aktualisiert worden. Seiner und sicherlich auch den Fraktionen fehlen Vergleichswerte mit Ist-Zahlen der vergangenen Periode und einer noch nicht vorhandenen Eröffnungsbilanz. Hilfreich wäre auch, Leistungsbeziehungen unter den verschiedenen Kostenstellen durch interne Verrechnungssätze darzustellen, um somit mehr Klarheit und Übersichtlichkeit zu bekommen.

Aufgrund des negativen Haushaltsergebnisses sei wiederum ein Haushaltssicherungskonzept zu erarbeiten gewesen, das der zuständigen Kommunalaufsicht vorzulegen sei. Hier müssten die Ursachen des nicht ausgeglichenen Ergebnishaushaltes beschrieben werden, das Konsolidierungsziel festgelegt sowie konkrete Maßnahmen für die Erreichung benannt werden.

Das Haushaltssicherungskonzept weise aktuell einen Betrag von 187.300,- €

Selbst, wenn alle Maßnahmen umgesetzt würden, wäre dies nur ein kleiner Beitrag zur Konsolidierung.

Es müsse weiterhin oberste Priorität sein, die Pflichtaufgaben mit den vorhandenen Mitteln zu erfüllen. Die freiwilligen Leistungen müssen, so fordere es die Kommunalaufsicht, überprüft werden, allerdings vor einem sozialverträglichen Hintergrund. Hier dürfe es zu keinem Kahlschlag kommen. Es müssen mehr Einkommensteuer- und Gewerbesteueranteile generiert werden, um die Einnahmesituation mittelfristig zu verbessern. Hier müssen Bedarfe erkannt und eigene Ressourcen ausgeschöpft werden.

Die Gemeinde habe freie Flächen im Gewerbegebiet Niederwalgern/Wenkbach, im Mischgebiet Roth und im Wohnbauggebiet Niederwalgern. Seine Fraktion sehe Chancen in der sinnvollen Vermarktung der Flächen, die auch effektiver gestaltet werden müssen, um Interessenten zu finden. Hier gelte es, Ideen zu entwickeln, auch in Zusammenarbeit mit der Hessischen Landgesellschaft als Vorhabenträger der Kommune. Sollte weiterer Bedarf an Flächen entstehen, wie in Niederweimar, müsse deren Umsetzbarkeit zeitnah geprüft werden.

Die Gemeinde biete einen attraktiven Lebensraum für Zuzugswillige, auch aufgrund der räumlichen Nähe zur Universitätsstadt Marburg. Die Infrastruktur sei vorhanden und Bauplätze seien bezahlbar. Die Forderung seiner Fraktion, die Interkommunale Zusammenarbeit mit Nachbarkommunen voranzutreiben, sei nun begonnen worden. Es sei erfreulich, dass es hier vermehrt Gespräche gebe, um Vorteile zu generieren. Als Beispiel nenne er hier die Erfassung aller versiegelten Flächen, die zur Einführung der gesplitteten Abwassergebühr vonnöten sei.

Zum Erkennen von Ansatzpunkten und zur Verbesserung der Haushaltssituation seien alle gefragt und es gehe darum, dass die Gemeinde trotz angespannter finanzieller Lage lebens- und liebenswert bleibe. Dazu gehöre natürlich auch ehrenamtliches Engagement bei der Ausführung einer geplanten Maßnahme. Er nenne hier die Umsetzung der Parkplatzerweiterung am DGH in Roth, die durch die angebotene Hilfestellung Modellcharakter für künftige Vorhaben in der Gemeinde haben könnte.

Trotz des nicht positiven Zahlenwerkes sollte das Parlament mit erhobenem Haupt und zusammen mit der Gemeindeverwaltung, an deren Spitze mit Bürgermeister Eidam, dem er für die offene und angenehme Zusammenarbeit im vergangenen Jahr danke, die bevorstehenden Aufgaben angehen. Seine Fraktion werde dem vorliegenden Haushaltsentwurf zustimmen.

Frau Lydia Schneider (Fraktionsvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen) nahm zu dem Zahlenwerk des vorliegenden Haushaltsplanentwurfes 2012 wie folgt Stellung:

Auf den ersten Blick könne man zufrieden sein, so Frau Schneider. Die Gemeinde könne ihre langfristigen Schulden, wie im Vorjahr, weiterhin vermindern, dieses Mal um gut 100.000,-- € auf einen Stand von 4.386.000,-- € zum Jahresende, wohingegen Bund, Land und auch Landkreise neue Schulden aufhäuferten.

Dennoch sei die Wahrheit eher enttäuschend, denn bei einem geplanten Fehlbetrag im Ergebnishaushalt in Höhe von 815.000,-- € könne man einer Neuverschuldung nicht ausweichen, wenn auch über Kassenkredite. So wachse die Schuldenlast der Gemeinde an.

Der Fehlbetrag im Ergebnishaushalt gehe wesentlich auf Defizite in den Gebührenhaushalten zurück. Das größte Defizit sei hier mit über 1 Mio. € im Bereich der Kinderbetreuung festzustellen und dort speziell bei den

gemeindlichen Kindergärten und dem Zuschuss zum kirchlichen Kindergarten. Für ihre Fraktion sei die Kinderbetreuung jedoch streng genommen kein Gebührenhaushalt, sondern eine Gemeinschaftsaufgabe, d. h., sie sei wie die Schule vom Steuerzahler zu finanzieren. Deshalb gehe für ihre Fraktion dieses Defizit in Ordnung. Ihre Forderung nach einer besseren Steuerverteilung, um den Gemeinden die finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen, die sie für ihre Einrichtungen benötigen, bleibe nach wie vor bestehen.

Der Abfallhaushalt habe ein Plus erwirtschaftet. Da Kostensteigerungen sich bereits abzeichnen, sollte nach Auffassung ihrer Fraktion hier an einer Verstetigung der Müllgebühren gedacht werden.

Nicht plausibel seien die so genannten inneren Leistungsverrechnungen im Abwasserhaushalt. Ein zunächst erwirtschaftetes Plus in Höhe von knapp 104.000,- € sei mit Leistungsverrechnungen in Höhe von dem gleichen Betrag total ausgelöscht. Leistungsverrechnungen müssten sorgfältig belegt werden, damit der Bürger Vertrauen zu einer korrekten Gebührengestaltung haben könne. Bei den anderen Gebührenhaushalten seien die Friedhöfe, die Bürgerhäuser und der Brandschutz im Defizit. Sie hoffe, dass die zu bildende Arbeitsgruppe hier Lösungen finden könne.

Das gelte auch für die Einnahmeseite. Bei gleichbleibenden Steuersätzen fresse die Inflation jedes Jahr einen Wertanteil weg, den die Gemeinde brauche, um Leistungen aufrechtzuerhalten. So seien in Weimar z.B. die Sätze für Grundsteuer B seit Jahrzehnten unverändert. Hier bestehe Handlungsbedarf. Das Thema Pferdesteuer sei von ihrer Fraktion nur im Ansatz diskutiert worden. Ihre Fraktion unterbreite 3 Vorschläge zur Transparenz.

1. Die Gemeinde Cölbe stelle ihren Haushaltsplan ins Netz. Das könnte auch in Weimar so gehandhabt werden. Interessierte Bürger könnten leichter Einblick nehmen und ggf. mitarbeiten, auch an einer in Weimar geplanten Haushaltskonsolidierung.

2. Es wäre hilfreich, im Haushaltsplan nicht nur die Plan-Zahlen der Jahre 2011 und 2012 aufzuführen, sondern auch die Ist-Zahlen des Jahres 2010. So werde das auf Landesebene gehandhabt. Nur die Ist-Zahlen erlauben eine Bewertung der Plan-Zahlen. So wäre z.B. aufschlussreich, ob der im Haushaltsplan geschätzte Kassenbestand oder besser Kassenfehlbestand vom 01. Januar 2012 mit minus 889.000,- € der Realität entspräche oder in Wahrheit noch viel tiefer im Minus stecke.

3 Ein Verlaufsprotokoll der Kassenkredite des Vorjahres würde zeigen, wie tief die Gemeinde dauerhaft im Minus stecke, unabhängig von den laufenden Schwankungen des Geschäftsverkehrs. Ein dauerhaftes Minus sei den langfristigen Schulden zuzurechnen. Ihre Fraktion werde dem vorliegenden Haushaltsplanentwurf zustimmen.

Herr Jürgen Rabenau (SPD) nahm für seine Fraktion zu dem Haushaltsplanentwurf wie folgt Stellung:

Seine Fraktion sehe den vorliegenden Haushaltsentwurf als unspektakulär an. Neues könne seine Fraktion in dem Werk nicht finden, da die Ansätze auf der Basis der Zahlen des Vorjahres fortgeschrieben worden seien und die lt. Aussagen des Bürgermeisters nicht ausreichen. Er spreche hier von Instandhaltungsmaßnahmen der Hochwasserschutzdeiche.

Er vermisse in dem Entwurf die Ist-Zahlen des Vorjahreszeitraumes. Nach seinem Dafürhalten sollten heutige Finanzbuchhaltungssysteme in der Lage sein, unproblematisch aktuelle Kontenstände auszugeben.

Im 4. Jahr seit Einführung der Doppik sollte endlich so etwas wie ein Regelbetrieb vorzuweisen sein. So sehe der aktuelle Haushaltsentwurf 2012

wiederum 30.000,-- € für die Doppikumstellung vor. Seiner Fraktion erscheine dies wie eine „unendliche Geschichte“, von der am meisten die Ekom21 profitiere.

Man sei in jedem Fall weit von einem transparenten und verständlichen Berichtswesen, geschweige denn von einer Eröffnungs- und Schlussbilanz entfernt.

Seine Fraktion begrüße die zusätzlichen 2 Stellen in der Kinderbetreuung, was deutlich mache, dass es hier Bedarf in der Kommune gebe. Kinder und Familie seien ein enorm wichtiger Faktor für die Zukunft und die Attraktivität der Gemeinde.

Auch das Haushaltssicherungskonzept, so Herr Rabenau, hebe sich nicht von dem blassen Werk des Haushaltsentwurfs 2012 ab. Es enthalte lediglich eine Auflistung von Möglichkeiten. Von Ideen, Leitgedanken bzw. einem konkreten Projekt könne keine Rede sein. Pure Fortschreibung helfe der Gemeinde in keiner Weise, dem Finanzdilemma zu entkommen.

Er habe hier weder die Handschrift des Gemeindevorstandes noch des Kämmers in diesem Haushaltsentwurf erkennen können.

Das Werk spiegele eine gewisse Ohnmacht des Autors oder der Autoren wider. Unangenehme Entscheidungen wolle man gezielt an eine breitere Instanz delegieren.

Es gelte, nachhaltige und tragfähige Lösungen zu erarbeiten, welche nicht nur auf der Kosten- sondern auch auf der Ertragsseite deutliche Impulse setzen, um so einen entsprechenden Strukturwandel in unserer Kommune auf den Weg zu bringen. Nach Meinung seiner Fraktion dürfe man sich hier nicht nur auf die freiwilligen Leistungen konzentrieren, auch die Pflichtaufgaben der Kommune müssten hinsichtlich Effektivität und Wirtschaftlichkeit betrachtet werden.

Im Haushaltsentwurf 2012 fehlen rd. 850.000,-- € zur Ausgeglichenheit. Fast 80 % dieses Fehlbetrages würden durch Abschreibungen des Anlagevermögens begründet. Dieser kalkulatorische Posten schlage mit Vehemenz in alle doppelte Haushalte ein, doch finde er keine Idee, wie diese Abschreibungen künftig kompensiert werden könnten.

Die Erhebung einer soliden Datenbasis, auf der die Fraktionen Lösungsansätze ausarbeiten können, sei nach Meinung seiner Fraktion essenziell für die nächsten Schritte.

Vor dem Parlament und der Gemeinde liege keine leichte Aufgabe und es werde nie eine umfassende Lösung für alle Probleme geben.

Festzuhalten bleibe, dass die Entscheidungen, die zu fällen sein werden, Wirkungen über den Zeitraum einer Legislaturperiode hinaus haben. Daher seien Taktiererei, Populismus und Wahlkampfcharmützel fehl am Platze.

Bewegungslosigkeit bedeute Rückschritt. Seine Fraktion werde sich vorwärts bewegen.

Die SPD-Fraktion habe lange darüber beraten, wie sie sich gegenüber dem vorliegenden Entwurf positionieren wolle. Die genannten Mängel ließen eigentlich nur eine Ablehnung zu. Aber um eine gewisse Planungssicherheit zu erreichen und um kontraproduktiven Druck zu verhindern, werde seine Fraktion dem vorliegenden Haushaltsentwurf mit seinen Anlagen zustimmen.

Der Vorsitzende der FBW-Fraktion, Herr Hans J. Heuser nahm wie folgt Stellung: Seine Fraktion wolle zunächst einmal die Einnahmenseite beleuchten. Dort stünden die Lohn- und Einkommensteueranteile mit 3 Mio. €, die Gewerbesteuer mit 725.000,-- €, die Grundsteuer mit 520.000,-- €, sonstige Steuern mit

150.000,-- € plus den Schlüsselzuweisungen von 1,8 Mio. €, wobei man auf eine Summe von 6.250.000,-- € komme. Da sollte man zunächst annehmen, dass eine Gemeinde mit etwa 7.000 Einwohnern ihr Auskommen habe. Betrachte man jedoch die Ausgabenseite mit der Kreis- und Schulumlage von 3,5 Mio. €, Zinsen von 240.000,-- €, komme man bei 3.750.000,-- € an. Ziehe man diese von den Einnahmen ab, bleiben 2,5 Mio. € übrig, die jedoch durch Personalkosten und Versorgungsaufwand benötigt werden. Unter dem Strich bedeute dies, dass für Investitionen nichts übrig bleibe. Das müsse sehr nachdenklich stimmen und Altbürgermeister Krantz habe bereits gesagt, dass die Öffentliche Hand investieren müsse, um die heimische Wirtschaft zu unterstützen. Dies sei jedoch bei der aktuellen finanziellen Ausstattung unmöglich.

Seine Fraktion habe sich Gedanken darüber gemacht, wie dieses Problem zu lösen sei. Wenn man sich das Haushaltskonsolidierungskonzept zur Hand nehme, sei dort nur von Steuererhöhungen, Leistungstreichungen und dem Verkauf von Liegenschaften die Rede.

Dagegen müsste im Bereich der zentralen Verwaltung darüber nachgedacht werden, in welcher Form mit einer überregionalen Zusammenarbeit Kosten eingespart werden können. Im Bereich Sicherheit und Ordnung (Feuerwehr) werde im Haushaltskonsolidierungskonzept von Neukalkulation der Gebührensätze gesprochen, was in der Praxis eine Erhöhung der Kosten für die Feuerwehreinsätze bedeute.

Im Bereich Kultur/Wissenschaft soll die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der Gemeindebücherei stattfinden. Bei der derzeitigen Haushaltslage bedeute dies, dass eine Aufrechterhaltung in Frage gestellt werde.

Im Bereich der sozialen Leistungen, Kinder, Jugend und Familie denke man an Gebührenerhöhung und den Wegfall der Busbeförderung. Im Bereich der Gesundheitsdienste (Diakonie), der Sportförderung, denke man ebenfalls über Kürzungen nach.

Im Bereich Bauen und Wohnen müsse und hier unterstütze er die Aussagen der Fraktion der CDU, über die bessere Vermarktung der vorhandenen Flächen nachgedacht werden.

Im Bereich Ver- und Entsorgung (Müll und Abwasser) liege ein Antrag auf Senkung der Müllabfuhrgebühr vor, darüber sei später noch zu reden.

Zu dem Bereich Natur- und Landschaftspflege gehören die Friedhöfe. Hier sehe das Haushaltskonsolidierungskonzept eine Erhöhung der Gebühren vor.

Bezüglich der Bürgerhäuser werde vorgeschlagen, zur Reduzierung des Defizits eine Erhöhung der Benutzungsgebühren vorzunehmen. Darüber hinaus werde vorgeschlagen, die Grundsteuer von 275 % auf 290 % anzuheben sowie die Anhebung der Hundesteuer.

Seine Fraktion begrüße den Antrag der SPD-Fraktion, dass alle Fraktionen gemeinsam nach Lösungen im Hinblick auf die Haushaltskonsolidierung suchen und hierfür ein entsprechender Arbeitskreis gebildet werden soll. Seine Fraktion wolle jedoch nicht nur die Positionen des Haushaltskonsolidierungskonzeptes in den Überprüfungsbereich einbeziehen, sondern alle Positionen. Als Beispiel nannte er hier die bereits vor vielen Jahren erstellte Konzeption im Bereich der Abfallgebühren, die sich sehr bewährt und dazu geführt habe, dass die Gemeinde Weimar kreisweit an der unteren Grenze der Müllabfuhrgebühr liege. Es gelte, weitere Konzepte zu erarbeiten und auch die Bevölkerung einzubinden. Nach seiner Meinung sei das Ziel, in 5 Jahren eine Haushaltskonsolidierung zu erreichen, aufgrund der hohen Kassenkredit unrealistisch.

Seine Fraktion habe das Ziel, mit allen Fraktionen dieser Gemeindevertretung und der noch zu bildenden Arbeitsgruppe einen Weg zu finden, der nicht nur

bedeute, Einnahmen zu erhöhen und Leistungen zu streichen.
Seine Fraktion werde dem vorliegenden Haushaltsentwurf mit seinen Anlagen zustimmen.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt die Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2012 mit den Bestandteilen des Haushaltsplanes (Gesamthaushalt, Teilhaushalte, Stellenplan, Investitionsprogramm) inklusive der vorgelegten aktuellen Änderungen sowie das Haushaltssicherungskonzept.

Beratungsergebnis: Einstimmig

5. Antrag der SPD-Fraktion vom 30.11.2011 zur Erstellung eines gemeindlichen Wärmekatasters

Drucksache: 60/6/2011/11-16

Der Vorsitzende des Ausschusses für Bauen, Planen, Energie und Umweltschutz erklärte, dass ein Vertreter der Stadtwerke Marburg zu diesem Thema referiert habe. Für die gemeindlichen Gebäude werde ein entsprechendes Arbeitspapier erstellt. Grundlage hierfür bilden die bereits von der Verwaltung ermittelten Daten.

Aufgrund dieser Informationen habe die SPD-Fraktion ihren Antrag zunächst zurückgestellt bis beratungsfähige Daten vorlägen, die dann für weitere Überlegungen und Beratungen die Grundlage bilden.

Herr Stephan Wenz (Fraktionsvorsitzender der SPD) erklärte, dass auch durch den Vortrag im Ausschuss klar wurde, dass der Antrag seiner Fraktion ein weiterer Baustein des geforderten ganzheitlich zu erstellenden Energiekonzeptes sei. Allerdings gehöre hierzu auch die Erfassung der privaten Gebäude.

Beratungsergebnis: Zurückgestellt

6. Vergabe für die Planung zur Herstellung von Stellplatzflächen im Bereich vom Bürgerhaus in Roth

Drucksache: 41/23/2011/11-16

Der Vorsitzende des Ausschusses für Bauen, Planen, Energie und Umweltschutz, Herr Hans J. Heuser, berichtete, dass zur Beratung dieses TOPs ein Ortstermin in Roth stattgefunden habe. Seinen Dank an dieser Stelle richtete er an die Feuerwehr Roth, die aufgrund der Ausleuchtung die abendliche Besichtigung ermöglicht habe.

Der Ausschuss habe zunächst eine Standortbestimmung vorgenommen. Es wurde nach einer Lösung gesucht, die kalkulierten Kosten zu reduzieren.

Der Ausschuss empfehle der Gemeindevertretung die Beschlussfassung der Variante 6 und darüber hinaus, sämtliche Einzelpositionen kostenmäßig zu erfassen. Eigenleistungen sollten von Seiten des Ortsbeirates Roth geprüft werden. Die Gesamtkosten dürften 45.000,- € nicht überschreiten.

Bezüglich der Eigenleistungen erklärte der Vorsitzende des Ausschusses, dass es Angebote von verschiedenen Bürgern und von Seiten des Ortsbeirates gebe. In Absprache mit Gemeindevorstand und dem gemeindlichen Bauamt sollen diese Arbeiten koordiniert werden. Grund hierfür sei die Bestrebung, die genannten Kosten erheblich zu minimieren.

Herr Dr. Dittrich (CDU) führte aus, dass nach seinem Wissen nicht Inhalt des

Beschlusses die Aussage war, dass die Gesamtkosten von 45.000,-- € nicht überschritten werden dürfen.

Hieraus entspannte sich eine rege Diskussion, an der sich die weiteren Gemeindevertreter Reinhard Ahrens (Bündnis 90/die Grünen), Siegfried Koch (SPD), Stephan Wenz (SPD) beteiligten.

Herr Hoß (CDU) betonte noch mal, dass er weiterhin zu seiner ursprünglichen Aussage stehe, er wolle zusammen mit Gemeindevertreter Matthias Happel Eigenleistung mit Maschineneinsatz leisten.

Im Ergebnis war man sich darüber einig, dass die genannte Obergrenze von 45.000,-- € bei Weitem unterschritten werden müsse, was auch aufgrund der zugesagten Eigenleistungen möglich sei.

Herr Ahrens (Bündnis 90/Die Grünen) hätte sich gewünscht, dass die Eigenleistungen ermittelt und beziffert würden, so dass man eine Baukostensumme ermitteln könne.

Die weiteren Wortbeteiligten waren sich darüber einig, dass man aufgrund der zugesagten Eigenleistungen weit unter dem ermittelten Betrag bleiben werde.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt die Variante 6 der vorgelegten Möglichkeiten. Sämtliche Einzelpositionen sollen kostenmäßig erfasst werden. Eigenleistungen durch Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde Weimar und des Ortsbeirates Roth werden geprüft.

Beratungsergebnis: Einstimmig

7. Bürgerbus Weimar (Lahn)

Drucksache: 31/1/2012/11-16

Es erhielt der stellvertretende Vorsitzende des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschusses, Herr Möller, das Wort.

Er berichtete, dass aufgrund der Gültigkeit des RNV-Fahrplanes das Angebot des Bürgerbusses bis zum 31.12.2014 fortgeführt werden sollte. Bürgermeister Eidam habe berichtet, dass die Finanzierung der Maßnahme über Spenden und unter Beteiligung des RNV zu schultern sei. Auch seien erfreulicherweise gestiegene Fahrgastzahlen festzustellen.

Der Ausschuss empfehle der Gemeindevertretung, das Angebot zum Bürgerbus zunächst bis zum 31.12.2014 mit ehrenamtlichen Fahrern und ohne Fahrpreiserhebung fortzuführen.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt, das Angebot zum Bürgerbus zunächst bis zum 31.12.2014 (ehrenamtlich und ohne eine Fahrpreiserhebung) fortzuführen.

Beratungsergebnis: 19 Ja-Stimmen, 1 Stimmenthaltungen

8. Richtlinien der Gemeinde Weimar zur Förderung von Maßnahmen zur Verringerung von Grundwasserentnahmen bzw. zur Förderung der Verwendung von Regenwasser auf der Grundlage der jeweils gültigen Richtlinien des Landes Hessen;

hier: Aufhebung

Drucksache: 10/3/2012/11-16

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung, Herr Kurt Barth, berichtete, dass es sich hier lediglich um eine Bereinigung des gemeindlichen Satzungsrechtes handele. Diese Satzung entbehre der entsprechenden Grundlage, da das Land Hessen seit längerer Zeit keine pauschalierten Zuwendungen mehr für Maßnahmen zur Verringerung von Grundwasserentnahmen sowie zur Sicherung und Verbesserung des Grundwasseraufkommens zahle. Insofern seien durch Beschluss der Gemeindevertretung diese Richtlinien formell aufzuheben.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt, die Richtlinien zur Förderung von Maßnahmen zur Verringerung von Grundwasserentnahmen bzw. zur Förderung der Verwendung von Regenwasser vom 25.07.1997 aufzuheben.

Beratungsergebnis: Einstimmig

9. Antrag der SPD-Fraktion vom 14.01.2012 zur Einrichtung einer überfraktionellen Arbeitsgruppe zur Umsetzung des gemeindlichen Haushaltssicherungskonzeptes

Drucksache: 20/1/2012/11-16

Herr Rabenau (SPD) stellte den Antrag seiner Fraktion vor:

Die Gemeindevertretung möge folgenden Beschluss fassen:

Die Gemeindevertretung beschließt die Einrichtung einer überfraktionellen Arbeitsgruppe zur Detaillierung des Haushaltssicherungskonzeptes. Auftrag der Arbeitsgruppe soll sein, die Daten zu den Konsolidierungsmaßnahmen mittels Erhebung zu detaillieren, den für die Ausarbeitung von Handlungsempfehlungen erforderlichen Datenbedarf zu ermitteln und einen gemeinsamen Ausarbeitungsauftrag an die Verwaltung zu erteilen.

Zur Begründung führte Herr Rabenau aus, dass sich die vorliegenden Daten zu den Gliederungspunkten des Haushaltssicherungskonzeptes nicht zur Erarbeitung von Handlungsempfehlungen und zur Umsetzung des angestrebten Konsolidierungszieles eignen. So sei die schlichte Darstellung von Salden von freiwilligen Leistungen oder defizitären Gebührenhaushalten nicht ausreichend, um entsprechende Lösungen auf der Ertrags- als auch der Kostenseite zu unterbreiten.

Die Identifikation und Aufbereitung solcher Daten stellen einen hohen Aufwand und damit Kosten für die Verwaltung dar. Seine Fraktion rege daher die Bildung einer überfraktionellen Arbeitsgruppe an, welche aus je einem Vertreter der im Gemeindeparlament vertretenen Parteien oder Wählergruppen bestehen soll. Diese solle die Daten identifizieren, welche zur Erarbeitung der Handlungsvorschläge notwendig seien und gemeinsam die Verwaltung beauftragen, die Daten zu ermitteln und der Gemeindevertretung zur Verfügung zu stellen.

Herr Rabenau führte weiter aus, dass hier nicht eine Arbeitsgruppe gebildet werden solle, die in nicht öffentlichen Sitzungen tage und die massiv Einfluss nehme auf den gemeindlichen Haushalt.

Herr Hans J. Heuser (Fraktionsvorsitzender der FBW) erklärte, dass seine Fraktion ausdrücklich die Bildung einer solchen Arbeitsgruppe begrüße. Für ihn gelte es jedoch, sich nicht nur um die Haushaltskonsolidierung zu kümmern, sondern Konzeptionen für die einzelnen Bereiche zu erarbeiten. Beispielhaft führte er hier die Position im Haushaltssicherungskonzept: Erhöhung der

Kindergartengebühren und Wegfall der Busbeförderung der Kindergartenkinder. Damit alleine sei noch nichts erreicht. Hier müsste z.B. ein Konzept erarbeitet werden, auch die Eltern eingebunden und festgestellt werden, was machbar sei. Allerdings könne sicherlich nicht alles in öffentlicher Sitzung beraten werden. Er möchte daher den Antrag erweitert wissen dahingehend, dass im Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss festgelegt werden sollte, wie hier vorzugehen sei.

Sein Vorschlag wäre, für die nächste Sitzung einen gemeinsamen Antrag einzubringen, über den dann abzustimmen sei. Über die weitere Vorgehensweise wurde diskutiert und Bürgermeister Peter Eidam erklärte, dass er die Bildung einer solchen Arbeitsgruppe ausdrücklich begrüße, denn in dem Gespräch mit den Fraktionen zu Beginn des Jahres seien bereits einige Themen angesprochen worden. Sein Vorschlag sei auch, sich nicht nur auf das Haushaltssicherungskonzept zu beschränken, sondern auch andere Bereiche zu beleuchten. Er schlage vor, bereits in dieser Sitzung die Einrichtung der Arbeitsgruppe zu beschließen, um nach Gründung auch rasch die Arbeit aufnehmen zu können.

Nach einer von Herrn Hans J. Heuser (Fraktionsvorsitzender der FBW) beantragten Sitzungsunterbrechung wurde auf Vorschlag von Herrn Dr. Dittrich (CDU) folgender Vorschlag zur Abstimmung gestellt:

Die Gemeindevertretung beschließt die Einrichtung einer überfraktionellen Arbeitsgruppe zur Erarbeitung von Grundlagen zur Haushaltskonsolidierung. Nach weiteren kurzen Wortbeiträgen wurde dieser Beschlussvorschlag aufgenommen.

Die Fraktionen werden gebeten, die Vertreter für die Arbeitsgruppe der Verwaltung mitzuteilen.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt die Einrichtung einer überfraktionellen Arbeitsgruppe zur Erarbeitung von Grundlagen zur Haushaltskonsolidierung.

Beratungsergebnis: Einstimmig

10. Antrag der CDU-Fraktion vom 16.01.2012 auf Neukalkulation der Abfallgebühren

Drucksache: 31/2/2012/11-16

Herr Jost-Hendrik Kisslinger (Fraktionsvorsitzender der CDU) stellte den Antrag seiner Fraktion vor:

Der Gemeindevorstand wird aufgefordert, eine erneute Neukalkulation der Abfallgebühren vorzunehmen.

Zur Begründung führte Herr Kisslinger aus, dass laut Beschluss der Gemeindevertretung vom 06.05.2010 der Gemeindevorstand aufgefordert wurde, eine Neukalkulation der Abfallgebühren vorzunehmen. Nach Empfehlung des Gemeindevorstandes vom 21.12.2010, die Abfallgebühren um 10 % zu senken, wurde dies in der Gemeindevertretung am 24.02.2011 beschlossen. Laut I. Nachtrag zur Haushaltssatzung und zum Haushaltsplan 2011 sei festzustellen, dass diese Gebührenreduzierung (48.000,-- €) zwar neben einer Reduzierung der Transportkostenerstattungen (21.000,-- €) eine Senkung auf der Einnahmeseite bedeutet hatte, im Gegenzug allerdings auch Mehrerträge für Altpapiererlöse (19.000,-- €), einer reduzierten Aufwendung der Fremdensorgung (25.000,-- €) sowie durch die Neuausschreibung für Aufwendungen der Einsammlung und Transport (5.000,-- €) Kosten eingespart

werden konnten.

Diese Zahlen belegen, dass die Abfallrücklage kaum minimiert wurde, so dass hier ein weiterer Spielraum für eine Senkung der Abfallgebühren bestehe. Gerade in Zeiten ständiger Kostensteigerungen wäre es für die Bürgerinnen und Bürger ein positives Signal, in diesem Bereich eine erneute Gebührenentlastung vorzunehmen.

Im Rahmen der Neukalkulation soll ferner durch den Gemeindevorstand der effizienteste Zeitpunkt einer Neufestsetzung der Gebühren vorgeschlagen werden, um weitere Kosten für die Erstellung und Versendung geänderter Gebührenbescheide zu vermeiden.

Herr Hans J. Heuser (Fraktionsvorsitzender der FBW) wies darauf hin, dass seine Fraktion bereits einen ähnlichen Antrag gestellt hatte und beantragte, den Antrag zur weiteren Beratung an den Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss zu überweisen.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt, den vorstehenden Antrag auf Neukalkulation der Abfallgebühren zur weiteren Beratung an den Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss zu überweisen.

Beratungsergebnis: 14 Ja-Stimmen, 7 Stimmenthaltungen

11. Antrag der SPD-Fraktion vom 14.01.2012 zur Umrüstung der Straßenbeleuchtung auf alternative Leuchtelemente

Drucksache: 41/2/2012/11-16

Herr Rolf Hintermeier (SPD) stellte den Antrag seiner Fraktion vor:

Die SPD-Fraktion beantragt, die Gemeindevertretung möge folgenden Beschluss fassen:

Der Gemeindevorstand wird beauftragt, für die Gemeinde Weimar zu prüfen, inwieweit eine Umrüstung der Straßenbeleuchtung auf alternative Leuchtelemente sinnvoll ist, in welcher Höhe Energiekosten eingespart werden können und wie hoch der Investitionsaufwand sein wird.

Zur Begründung führte Herr Hintermeier aus, dass in der Straßenbeleuchtung enormes Potential zur Reduzierung der Energiekosten stecke. Moderne LED-Technik benötige gegenüber konventioneller Beleuchtung bei gleicher Lichtstärke nur rd. ein Zehntel der Energie, verringere den Wartungsaufwand und entlaste damit erheblich den Haushalt der Gemeinde Weimar. Darüber hinaus trage eine energieeffiziente Straßenbeleuchtung erheblich zur Co²-Minderung bei.

Die Umrüstung der Straßenbeleuchtung auf alternative LED-Technik werde noch bis zum 31. März 2012 durch das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit gefördert.

Herr Hans J. Heuser (Fraktionsvorsitzender der FBW) führte aus, dass der Mitarbeiter der Stadtwerke Marburg auch zu diesem Thema in der letzten Ausschusssitzung Stellung genommen habe. Dabei habe er erklärt, dass eine Förderung durch das Ministerium nur bei normgerechter Ausleuchtung möglich sei. Ob das überall garantiert sei, sei fraglich. Ansonsten würden hierfür enorme Kosten entstehen.

Bürgermeister Peter Eidam erläuterte hierzu, dass die Möglichkeit oder Frage nach einer Umstellung auf LED-Technik bereits im vergangenen Jahr mit den Stadtwerken besprochen wurde. Einige Kommunen des Landkreises hätten bereits in LED-Technik investiert und nunmehr aber das Problem des Nachweises, dass 60 % Energiekosten eingespart werden, da dies

Förderungsvoraussetzung sei.

Es seien einige Punkte, die bei diesem Thema Beachtung finden müssen, zum einen natürlich die Kosten, die Lebensdauer und natürlich gehe es auch um die Akzeptanz in der Bevölkerung, da die effektivste Einsparung nur bei dem weißen, also sehr hellem Licht, zu verzeichnen sei. Sein Vorschlag sei, in diesem Bereich weiterhin mit den Stadtwerken zusammenzuarbeiten, da hier ja auch entsprechende vertragliche Vereinbarungen vorliegen. In jedem Fall sei man bereits mit den Stadtwerken zu diesem Thema im Gespräch und erwarte in allernächster Zeit auch entsprechende Stellungnahmen und ggf. Empfehlungen.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt, den Gemeindevorstand zu beauftragen, für die Gemeinde Weimar zu prüfen, inwieweit eine Umrüstung der Straßenbeleuchtung auf alternative Leuchtelemente sinnvoll ist, in welcher Höhe Energiekosten eingespart werden können und wie hoch der Investitionsaufwand sein wird.

Beratungsergebnis: Einstimmig

12. Antrag der CDU-Fraktion vom 18.01.2012 auf Prüfung zur Durchführung einer Organisationsuntersuchung

Drucksache: 11/6/2012/11-16

Herr Manfred Möller (CDU) stellte den Antrag seiner Fraktion vor:

Der Gemeindevorstand wird aufgefordert zu prüfen, in welcher Art und Weise eine Organisationsuntersuchung in der Gemeinde durchgeführt werden kann, um Optimierungspotenziale zu erkennen und auszuschöpfen.

Zur Begründung führte Herr Möller aus, dass im Rahmen einer Organisationsuntersuchung nach der Analyse des Status quo die Erarbeitung einer leistungsfähigen Aufbau- und Ablauforganisation im Vordergrund stehe. Die optimale Koordination und Organisation der verschiedenen Aufgaben innerhalb eines Teams sowie zwischen den einzelnen Teams (Abteilungen) sind eine Grundvoraussetzung für eine effektive und effiziente Arbeit.

Im Rahmen einer solchen Untersuchung sind neben den Abläufen innerhalb der einzelnen Abteilungen auch Untersuchungen der Schnittstellen sowie die Ermittlung einer optimalen Ausstattung mit Material, Geräten und Maschinen durchzuführen.

Wichtig und von Beginn an notwendig bei einer solchen Untersuchung sei die Akzeptanz aller Mitarbeiter. Das Schaffen einer solchen Akzeptanz und aktiven Mitarbeit sei unabdingbar für eine erfolgreiche Durchführung.

In einer Nachbargemeinde habe in den vergangenen Monaten eine Organisationsuntersuchung durch ein externes Büro stattgefunden. Die hier erworbenen Kenntnisse und Erfahrungen sollten bei der Planung und Durchführung eines solchen Verfahrens in unserer Gemeinde unbedingt berücksichtigt werden.

Bei der Umsetzung einer Organisationsuntersuchung sollte im Rahmen kommunaler Zusammenarbeit der Kontakt zu anderen Nachbarkommunen aufgenommen werden, um Kostenvorteile einer evtl. Auftragsvergabe sowie Synergieeffekte zu erzielen.

Auf die Frage von Herrn Stephan Wenz (Fraktionsvorsitzender der SPD), ob darin eingeschlossen alle Abteilungen, so z.B. auch die Feuerwehr, seien, antwortete Herr Möller, dass seine Fraktion sich vorstelle, dass die Bereiche Verwaltung, Bauhof und die geringfügig Beschäftigten dieser

Organisationsuntersuchung unterzogen werden. Der Vorschlag seiner Fraktion, so Herr Wenz weiter, sei, die Ergebnisse der Arbeitsgruppe abzuwarten und sich dann unter Umständen erneut dem Thema zu widmen.

Herr Hans J. Heuser erklärte für seine Fraktion, dass sie diesen Antrag ablehnen werden. Zur Begründung führte er aus, dass der derzeitige Bürgermeister 1 Jahr im Amt sei und aus dem Bereich Unternehmensberatung komme. Darüber hinaus werde die neu zu bildende Arbeitsgruppe sicherlich auch Arbeitsabläufe überprüfen und seine Fraktion vertraue darauf, dass hier die richtige Richtung eingeschlagen werde und die Kosten einer solchen Untersuchung eingespart werden können.

Herr Kisslinger (Fraktionsvorsitzender der CDU) wies noch einmal darauf hin, dass die Bildung einer Arbeitsgruppe für haushaltsrechtliche Angelegenheiten und zum anderen die Überprüfung der Organisationsabläufe zwei verschiedene Sachverhalte seien. Herr Wenz (Fraktionsvorsitzender der SPD) erkundigte sich nach den voraussichtlich entstehenden Kosten. Dies wurde von der antragstellenden Fraktion mit ca. 12.000,- € beziffert.

Frau Schneider (Fraktionsvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen) schloss für ihre Fraktion eine solche Organisationsuntersuchung nicht grundsätzlich aus. Ihrer Meinung nach könnte sich der Haushaltskonsolidierungsausschuss eine solche Angelegenheit auch zum Thema machen.

Bürgermeister Eidam erklärte, dass die Bereiche, die nach dem Antrag einer Organisationsuntersuchung unterzogen werden sollen, personell gut aufgestellt seien. Er sei nunmehr etwa 1 Jahr im Amt und man versuche stetig, die Ablauforganisation zu verbessern. Sein Vorschlag sei, dieses Thema in den Arbeitskreis zu verlegen. Natürlich handele es sich um ein wichtiges Thema, das man im Auge behalten müsse.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt, den Gemeindevorstand aufzufordern, zu prüfen, in welcher Art und Weise eine Organisationsuntersuchung in der Gemeinde Weimar durchgeführt werden kann, um Optimierungspotenziale zu erkennen und auszuschöpfen.

Beratungsergebnis: 7 Ja-Stimmen, 11 Gegenstimmen, 3 Stimmenthaltungen
Damit ist der Antrag abgelehnt.

13. Antrag der SPD-Fraktion vom 14.01.2012 hinsichtlich der kurzfristigen Realisierung des Spielplatzprojektes "Am roten Weg" im Ortsteil Niederweimar

Drucksache: 41/3/2012/11-16

Herr Paulsen (SPD) stellte den Antrag seiner Fraktion vor:

Der Gemeindevorstand wird beauftragt, zur kurzfristigen Realisierung des im Bebauungsplan für das Baugebiet „Am roten Weg“ in Niederweimar vorgesehenen Kinderspielplatzes die HLG mit der Errichtung zu beauftragen. Hier ist der HLG die bereits erfolgte Entwurfsplanung als Planungsgrundlage zu überlassen.

Zur Begründung führte er aus, dass das Neubaugebiet „Am roten Weg“ mehrheitlich von jungen Familien mit Kindern bezogen wurde. Viele davon hätten den im Bebauungsplan abgebildeten Spielplatz als wichtigen Grund für die Kaufentscheidung angegeben. Mit der am 12.11.2011 an Bürgermeister Eidam

übergebenen Unterschriftenliste fordern die Anwohner die unverzügliche Errichtung des Spielplatzes und hätten wiederholt Eigenleistungen angeboten. Die derzeitige Haushaltslage aber lasse die abschließende Umsetzung des konzipierten Mehrgenerationenplatzes nicht zeitnah zu. Nach Rücksprache mit der HLG lassen die Vertragsbedingungen die Beauftragung der HLG mit der Erstellung eines Spielplatzes zu, sofern seitens der Gemeinde ein Planungsentwurf vorgelegt werde. Dieser Lösungsansatz vermeide eine Belastung des gemeindlichen Haushaltes. Die SPD-Fraktion halte es daher für vertretbar, dass hierdurch die mit dem Vermarktungsvertrag einhergehende Gewinnerwartung für die Gemeinde eventuell reduziert werde. Zur Minimierung der Errichtungskosten soll seitens des Gemeindevorstandes geprüft werden, inwieweit die Vertragsvereinbarungen die Möglichkeit der Vornahme von Eigenleistungen im Rahmen der Projektierung vorsehe.

Frau Elisabeth Wege (CDU) ließ sich bestätigen, dass die vorgesehenen 20.000,- € für die Errichtung des Spielplatzes nach wie vor zur Verfügung stehen. Sie habe in der Arbeitsgruppe mitgearbeitet und ihr Eindruck sei nach wie vor, dass man dort gut miteinander gearbeitet und die Angelegenheit vorangetrieben habe. Da vorbereitende Arbeiten für die Anlegung des Spielplatzes geleistet wurden und werden, sähe sie für diesen vorliegenden Antrag keinen Handlungsbedarf.

Frau Schneider (Fraktionsvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen) pflichtete ihrer Vorrednerin bei und fragte die antragstellende Fraktion, was es zu bedeuten habe, dass die Fraktion es für vertretbar halte, dass dadurch die mit dem Vermarktungsvertrag einhergehende Gewinnerwartung für die Gemeinde evtl. reduziert werde.

Herr Wenz (Fraktionsvorsitzender der SPD) erklärte hierauf, dass die HLG Vermarkter dieses Geländes sei. Wunsch seiner Fraktion sei, die HLG mit der Erstellung des Spielplatzes zu beauftragen, was nach Meinung seiner Fraktion den Haushalt schone, aber zur Folge habe, dass bei der Endabrechnung der Maßnahme eine Schmälerung des Gewinns eintrete. Die Forderung seiner Fraktion sei ebenfalls, dass das Projekt zeitnah umgesetzt werde.

Bürgermeister Eidam erklärte hierzu, dass das Thema der Umsetzung dieses Kinderspielplatzes den Gemeindevorstand und die Verwaltung seit längerer Zeit beschäftige. Nach Gesprächen mit den Eltern und Beschlussfassung durch den Gemeindevorstand seien inzwischen Spielplatzgeräte bestellt. Die HLG sei mit der Flächenbevorratung beauftragt und damals wurde eine geschätzte Summe von 20.000,- € benannt. Den Eltern sei auch bekannt, so der Bürgermeister, dass, sobald die Witterung es zulasse, etwa im März/April mit der Aufstellung der Geräte begonnen werden könne. Dann solle auch mit der Anlegung des Weges begonnen und die vorgesehene Hütte aufgestellt werden.

Für diese geplanten Maßnahmen werden die geschätzten 20.000,- € über die HLG abgerechnet und belasten damit nicht den gemeindlichen Haushalt.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt: Der Gemeindevorstand wird beauftragt, zur kurzfristigen Realisierung des im Bebauungsplan für das Baugebiet „Am roten Weg“ in Niederweimar vorgesehenen Kinderspielplatzes die HLG mit der Errichtung zu beauftragen.

Hierzu ist der HLG die bereits erfolgte Entwurfsplanung als Planungsgrundlage zu überlassen.

Beratungsergebnis: 7 Ja-Stimmen, 13 Gegenstimmen
Damit ist der Antrag abgelehnt.

14. Antrag der CDU-Fraktion vom 18.01.2012 zu prüfen, ob das Mischgebiet "Unterm Hundsrück" in ein Wohngebiet umgewandelt werden kann.

Drucksache: 40/1/2012/11-16

Herr Dr. Dittrich (CDU) stellte den Antrag seiner Fraktion vor:

Der Gemeindevorstand wird aufgefordert zu prüfen, ob das Mischgebiet im OT Roth „Unterm Hundsrück“ in ein Wohngebiet umzuwandeln ist.

Zur Begründung führte er an, dass seit Jahren versucht werde, das Mischgebiet „Unterm Hundsrück“ zu veräußern, allerdings ohne Erfolg. In der Gemeindevertretersitzung vom 10.11.2011 führte Bürgermeister Peter Eidam aus, dass nach einem Beschluss des Gemeindevorstandes ein Rechtsanwalt beauftragt werden soll, eine möglichst schnelle außergerichtliche und wirtschaftliche Lösung bezüglich der Rückabwicklung eines Kaufvertrages über die Teilfläche im Baugebiet „Hundsrück“ zu erwirken.

Sollte es zu einer Rückabwicklung kommen, wäre dieses Baugebiet nach Information seiner Fraktion wieder komplett veräußerbar. Dies sollte als Chance wahrgenommen werden zu eruieren, ob die Flächen als Wohngebiet ausgewiesen werden können. Neben den Machbarkeitsaspekten (z. B. Änderung Flächennutzungs- und Bebauungsplan) müssten die Kosten einer solchen Umwandlung ermittelt werden sowie eine daraufhin folgende Kalkulation von attraktiven Kaufpreisen für Bauwillige erstellt werden.

In der Gemeinde Weimar gibt es ein Gewerbegebiet (zwischen Niederwalgern und Wenkbach), wo es in den letzten Jahren außer einer einzigen Grundstücksveräußerung augenscheinlich keine Entwicklungen gegeben habe. Somit stünden hier genügend Flächen für eine Gewerbeansiedlung zur Verfügung.

Eine evtl. Umwandlung des Baugebietes „Unterm Hundsrück“ in ein Wohnbaugebiet sei gerade auch für die angrenzenden Anwohner eine sinnvolle und adäquate Variante, anders als der bekannte Plan des Investors, der vor Jahren einen Teil der Flächen erworben hatte.

Herr Stephan Wenz (SPD) führte aus, dass zunächst das Ergebnis des Rechtsstreites abgewartet werden sollte, zumal hier eine Restbaufläche zur Verfügung stehe, die vermarktet werden könne. Er befürchte, dass sich die Gemeinde durch eine vorzeitige Entscheidung in eine ungünstigere Position bringe. Man könne bestenfalls prüfen und festlegen, ob man die Möglichkeit der Wohnbebauung bewerbe.

Herr Bürgermeister Eidam erklärte hierzu, dass er das gerne prüfen werde. Es gebe jedoch derzeit einige Ansätze, die sich allerdings noch entwickeln müssten. Er bat, die Angelegenheit zunächst zurückzustellen, bis sich verschiedene Planansätze konkretisieren. Sobald dies der Fall sei, werde er hierzu weitere Informationen geben. Zunächst einmal sollte die Rückabwicklung abgewartet werden. Er gehe aufgrund der anwaltlichen Äußerungen davon aus, dass mit abschließenden Entscheidungen gerechnet werden könne.

Herr Kisslinger (Fraktionsvorsitzender der CDU) erklärte daraufhin, dass seine Fraktion damit einverstanden sei, den Antrag zunächst zurückzustellen, bis es konkrete Ergebnisse und weitere Informationen gebe.

Beratungsergebnis: Zurückgestellt

15. Anfragen**15.1. Anfrage der Fraktion der Freien Bürgerliste Weimar vom 30.11.2011
bezüglich der Ansiedlung eines Nettomarktes im Gewerbegebiet Wenkbach**
Drucksache: 10/1/2012/11-16

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung, Herr Kurt Barth, wies noch einmal darauf hin, dass bereits in der letzten Gemeindevertreter Sitzung 4 schriftliche Anfragen der Fraktion Freie Bürgerliste Weimar vorgelegt und mündlich verlesen wurden.

In dem Antwortpapier seien alle Punkte, die beraten, angesprochen, diskutiert und gewertet wurden, zusammengefasst worden, so dass letztendlich das bekannte Ergebnis der Beschlussfassung fest stand.

Der Fraktionsvorsitzende der FBW, Herr Hans J. Heuser, bedankte sich für die schriftliche Beantwortung der genannten Anfragen. Die Anfrage bezüglich der Kindergartenplätze für unter 3-jährige Kinder, bezüglich des Haushaltssicherungskonzeptes 2011 und bezüglich der Eröffnungsbilanz halte er für ausreichend und umfangreich beantwortet. Bezüglich der Anfrage hinsichtlich der Entscheidungskriterien zur Ansiedlung des Nettomarktes in Niederwalgern hätte er sich jedoch gewünscht, dass Bürgermeister und Gemeindevorstand dargelegt hätten, warum sie zu dieser Entscheidung gekommen seien. Er hätte sich z.B. gewünscht, dass auch für die Personen, die für die Ansiedlung eines Nettomarktes gewesen seien, eine entsprechende Unterschriftenliste ausgelegt worden wäre.

Bürgermeister Eidam erklärte, dass sich der Gemeindevorstand um dieses Thema sehr viele Gedanken gemacht habe und es sich über mehrere Sitzungen erstreckte. In dem Antwortpapier seien alle Punkte, die beraten, angesprochen und diskutiert wurden, zusammengefasst und gewertet wurden, so dass letztendlich das bekannte Ergebnis der Beschlussfassung fest stand. So seien aus dem Antwortpapier alle Aspekte zu erkennen, die abgewogen wurden und die zu der Entscheidung führten.

Es sei durchaus möglich, dass interessierten Bürgerinnen und Bürgern, die nach Beweggründen des Gemeindevorstandes für die Entscheidung fragen, die einzelnen Aspekte und Gesichtspunkte des Gemeindevorstandes zur Kenntnis gegeben werden.

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen

**15.2. Schriftliche Anfrage der Fraktion der Freien Bürgerliste Weimar vom
30.11.2011 bezüglich der Kindergartenplätze für unter 3-jährige Kinder**
Drucksache: 11/3/2012/11-16

Schriftliche Beantwortung der Anfrage lag vor, wurde aber nicht verlesen.

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen

**15.3. Schriftliche Anfrage der Fraktion der Freien Bürgerliste Weimar vom
30.11.2011 bezüglich des Haushaltssicherungskonzeptes 2011**
Drucksache: 11/4/2012/11-16

Schriftliche Beantwortung der Anfrage lag vor, wurde aber nicht verlesen.

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen

15.4. Schriftliche Anfrage der Fraktion der Freien Bürgerliste Weimar vom 30.11.2011 bezüglich der Eröffnungsbilanz der Gemeinde Weimar (Lahn)
Drucksache: 11/5/2012/11-16

Schriftliche Beantwortung der Anfrage lag vor, wurde aber nicht verlesen.

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen

16. Verschiedenes

- a) Frau Martina Klein (FBW) fragte an, ob es richtig sei, dass die Duschen im Bürgerhaus Niederweimar alle 3 Stunden für eine gewisse Zeit eingeschaltet werden.
Bürgermeister Eidam antwortete hierzu, dass dies zur Entkeimung diene. Ob das alle 3 Stunden nötig sei, so Herr Eidam, wolle er überprüfen.
- b) Der Vorsitzende der Gemeindevertretung gab die Termine für die nächste Sitzungsrunde bekannt:
19.03.2012 Ausschuss für Soziales, Jugend, Familie und Sport,
20.03.2012 Ausschuss für Bau, Planung, Energie und Umweltschutz,
21.03.2012 Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss,
29.03.2012 Gemeindevertretung.
Ende der Sitzung: 22.45 Uhr.

Der Vorsitzende:

Die Schriftführerin:

Kurt Barth

Rita Rohrbach